

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Unselige Geisteshaltung und Zündeln am Rechtsstaat wirft dem rheinland-pfälzischen CDU-Vorsitzenden Johannes Gerster **Prof. Dr. Eckhart Pick MdB** vor.

Seite 1

Bundesumweltminister Töpfer sollte in Brüssel endlich seine Hausaufgaben erledigen, empfiehlt **Dagmar Roth-Behrendt MdEP**.

Seite 2

Die SPD wird nach der Regierungsübernahme sofort einen Runden Tisch des ökonomischen Konsenses einrichten, erläutert **Prof. Dr. Uwe Jens MdB**.

Seite 3

Dokumentation

Die ersten hundert Tage einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung - ein Programm für ein gerechtes und friedliches Deutschland.

Seite 4

49. Jahrgang / 189

30. September 1994

Gerster läuft verbal Amok

Der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende zündelt am Rechtsstaat

Von Professor Dr. Eckhart Pick MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Völlig unqualifiziert und vulgär ist die Äußerung des rheinland-pfälzischen CDU-Landesvorsitzenden Johannes Gerster zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Meinungsfreiheit (Artikel 5 I GG). Nach Presseberichten hatte Gerster das Urteil auf einer CDU-Wahlkampfveranstaltung als "linken Scheißdreck" bezeichnet.

Wer, unter Verwendung von "Gossensprache", welche man von Herrn Gerster ja leider bereits aus anderen Zusammenhängen kennt, nun sogar den Versuch unternimmt, das höchste deutsche Gericht zu diskriminieren, mißachtet die Spielregeln sachlicher Auseinandersetzung und stellt sich selbst endgültig ins Abseits. Der "verbale Amoklauf" Gersters ist auch nicht durch den Wahlkampf zu entschuldigen. Auch wenn man die in dem Urteil formulierten Positionen nicht teilt, dürfen Gersters Ausfälle nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die CDU muß handeln.

Mit welcher unseligen Geisteshaltung Johannes Gerster agiert, zeigt sich auch in dessen Ansinnen den Bundestag mit einem Vetorecht auszustatten, um so künftig mißliebige Urteile des Bundesverfassungsgerichts durch die jeweilige Mehrheit im Bundestag kassieren lassen zu können. Mit der Verbreitung solcher Vorstellungen zündelt Herr Gerster am Rechtsstaat und untergräbt die in unserem Grundgesetz (Artikel 20 II) garantierte Gewaltenteilung.

(-/30. September 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach, 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Künftiger Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Töpfer muß in Brüssel endlich seine Hausaufgaben erledigen

Von Dagmar Roth-Behrendt MdEP

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat am kommenden Dienstag Gelegenheit als Ratspräsident des EU-Umweltministerrats in Brüssel sein "Sündenregister" abzuarbeiten. Er soll endlich seine Hausaufgaben erledigen und die angekündigte Revision der EU-Verpackungsrichtlinie einleiten. Vor allem müßten endlich die Recycling-Obergrenzen aufgehoben werden.

Der Ministerrat wird sich auch mit dem Klimaschutz befassen. Man fragt sich: Wo ist der Elan im Hinblick auf die vollmundig angekündigte CO₂-Energiesteuer? Eine Stabilisierung der CO₂-Emissionen auf der Basis 1990 ist nicht ausreichend. Wir fordern darüber hinaus eine Senkung des CO₂-Ausstoßes um 20 Prozent bis zum Jahr 2000. Es fehlt selbst ein Konzept zum Erreichen des bescheidenen Ziels des Einfrierens des CO₂-Ausstoßes. Selbst bei Einführung einer Energiesteuer würden die Emissionen noch steigen.

Wir brauchen nicht nur eine Begrenzung des CO₂-Ausstoßes bei PKW. Drastische Maßnahmen zur Verringerung des Flottenverbrauchs bei PKW und generell zum Energieverbrauch in Industrie und Haushalten sind notwendig.

Töpfer hat es bisher unterlassen, Aussagen zu anderen Treibhausgasen zu machen. Wir brauchen Maßnahmen zur Reduzierung von Methan und Stickoxiden etwa in der Landwirtschaft oder auf Mülldeponien. Wir brauchen eine phasing-out Strategie von ozongeschädigten Substanzen wie weichen FCKW, FBKW, FKW und Methylbromid bis hin zu Produktionsverboten.

Die Industrie hat eine Schlüsselrolle im Umweltschutz und muß ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt besser gerecht werden. Neben dem Rahmengesetz über integrierten Umweltschutz in Unternehmen (IPPC-Richtlinie) müssen verpflichtend Umweltmanagement, Öko-Audit-Systeme, Pläne zur Verringerung von Emissionen, das Prinzip der Verursacherhaftung, gezielte Förderung von umweltfreundlichen Produkten und so weiter eingeführt werden. Ökonomische und auch fiskalische Instrumente sind ein wirksames Mittel umweltfreundlicheres und umweltbewußteres Verhalten zu fördern. Sie müssen jedoch konsequenter und gezielter eingesetzt werden.

Seit mehreren Jahren schon dauern die Arbeiten an einem verbindlichen EU-Abfallkatalog an. Sie müssen endlich abgeschlossen werden. Dazu gehört eine verbindliche Einteilung von Stoffen in gefährliche, grundsätzlich nicht frei zirkulierbare Abfallarten und verkehrsfähige Sekundärrohstoffe.

Schließlich fehlt eine konsequente Gewässerschutzpolitik. Das jüngste Desaster der unter deutscher Ratspräsidentschaft verabschiedeten Pestizidrichtlinie zeigt auf, daß eine Abstimmung an die verbindlichen EU-Trinkwasserrichtlinie nicht erfolgt ist. Ohne eine Globalstrategie wird alles nur Stückwerk bleiben. Auf keinen Fall dürfen bei den anstehenden Revisionen beispielsweise der Trinkwasserrichtlinie die Grenzwerte nach oben korrigiert werden.

Die Gewässerschutzpolitik muß sich auf alle Gewässerarten erstrecken, da sich die bisherigen EU-Maßnahmen immer nur im Zusammenhang mit bestimmten Verwendungszwecken des Wassers in Verbindung bringen ließen. Es muß daher eine Globalrichtlinie über die Sicherung der ökologischen Qualität aller Oberflächengewässer kommen.

Bisher wurde unterlassen, die Richtlinie über Pestizide, Biozide und gefährliche Stoffe auf die Trinkwasserrichtlinie genau abzustimmen. Wird dieser Fehler von der deutschen Ratspräsidentschaft nicht korrigiert, ist die Trinkwasserrichtlinie auch ohne Änderung praktisch außer Kraft gesetzt, da die Grenzwerte für die vorgeschlagenen Stoffe in einigen Fällen über denen des Gewässerschutzes liegen. Bei der Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer dürfen, insbesondere bei den Fristen, keine Abstriche gemacht werden.

(-/30. September 1994/hgs/ks)

Wirtschaftsminister ohne Kompetenz

Bundesbank und Finanzmärkte fühlen sich von dieser Bundesregierung im Stich gelassen

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesbank fühlt sich von der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung ganz offenbar im Stich gelassen. Anders lassen sich die zurückhaltende Zinspolitik der Bundesbank und die jüngsten Ermahnungen von Bundesbankpräsident Tietmeyer nicht verstehen. Denn in der Sache hat Bundesbankpräsident Tietmeyer Unrecht, wenn er der Tarifpolitik der Tarifpartner Bedingungen für weitere Zinssenkungen stellt. Die objektiven Daten belegen, in welchem hohem Maße die Gewerkschaften ihrer wirtschaftspolitischen Verantwortung mit maßvollen Tarifabschlüssen nachgekommen sind. Wie das statistische Bundesamt gerade bestätigt hat, haben aufgrund der verantwortungsbewußten und aus der Sicht der Arbeitnehmer mageren Tarifabschlüsse Industriearbeiter Reallohneinbußen von drei Prozent hinnehmen müssen. Bei Angestellten lagen die Reallohneinkommensverluste bei 1,6 Prozent. Wenn jetzt zahlreiche Wirtschaftsbereiche, wie die Automobilindustrie und die Verbrauchsgüterbereiche über stockende oder sogar rückläufige Aufträge klagen, ist dies eine Folge der Realeinkommensverluste breiter Arbeitnehmerschichten. Ohne die Erhaltung der Massenkaufkraft der Arbeitnehmer wird die notwendige Belebung der Inlandskonjunktur nicht in Gang kommen.

Daß ein wirtschaftspolitischer Konsens zwischen Regierung, Tarifpartnern und Bundesbank weder versucht noch zu Stande gekommen ist, ist das schwerste Versäumnis dieser Bundesregierung und ihres inkompetenten Wirtschaftsministers. Das Versagen des Bundeswirtschaftsministers ist letztlich auch die Ursache für die übervorsichtigen Trippelschritte bei den Zinssenkungen der Bundesbank seit Mitte 1992, die Unsicherheit geschürt haben statt Vertrauen in die Geld- und Zinspolitik der Bundesbank zu schaffen. Auch der Sparkassen- und Giroverband stellt deutlich gestiegene Unsicherheiten auf den Finanzmärkten fest.

Die Zurückhaltung des Zentralbankrates, die jüngsten Erklärungen des Bundesbankpräsidenten und des Sparkassen- und Giroverbandes sind im Grunde nichts anderes als ein Ruf nach einer kompetenten Wirtschaftspolitik, die ihrer konsensstiftenden Verantwortung im Inland und in Europa gerecht wird. Das Gebot der Stunde sind daher jetzt konstruktive Verhandlungen an einem runden Tisch des ökonomischen Konsens, zu dem Finanz-, Wirtschafts-, Tarif- und Geldpolitik zusammengeführt werden müssen. Ein mittelfristiges Konsolidierungskonzept für die Staatsfinanzen, eine kompetente Wirtschaftspolitik für Arbeitsplätze und Innovationen, eine

beschäftigungsorientierte und reallohnsichernde Tarifpolitik sowie eine vertrauensschaffende und mittelfristige Zinspolitik sind die notwendigen Impulse eines Runden Tisches der ökonomischen Vernunft. Die SPD hatte dafür einen Solidarpakt zwischen Staat, Tarifpartnern und Bundesbank vorgeschlagen, um den für einen nachhaltigen, dauerhaften Wirtschaftsaufschwung notwendigen wirtschaftspolitischen Konsens aller Verantwortungspartner herzustellen. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird deshalb unmittelbar nach Regierungsübernahme die Verantwortlichen zu einem solchen Runden Tisch des ökonomischen Konsens zusammenerufen. Nur so würde die Bundesrepublik ihrer wirtschaftlichen Stellung in der Europäischen Union und ihrer Verantwortung im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft gerecht. Statt dieser Verantwortung nachzukommen, mißbraucht die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft mit zahlreichen Schaukonferenzen für Wahlkampfzwecke.

(-/30. September 1994/hgs/fr)

DOKUMENTATION

Programm der ersten hundert Tage Für ein gerechtes und friedliches Deutschland

Von Rudolf Scharping
Vorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD
Oskar Lafontaine
Ministerpräsident des Saarlandes
Gerhard Schröder
Ministerpräsident von Niedersachsen

Bei der Verwirklichung unseres Regierungsprogramms werden wir in den ersten 100 Tagen nach Amtsübernahme mit besonderem Vorrang sorgen

- für die Stärkung der deutschen Wirtschaft,
- für sichere Arbeitsplätze,
- für mehr Gerechtigkeit.

Damit werden wir die Grundlagen für ein modernes Deutschland festigen und ausbauen, in dem die Menschen friedlich und gerecht zusammenleben können. Unser Land wird heute unter seinen Möglichkeiten regiert. Die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Steuerbelastung und die höchste Staatsverschuldung in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gefährden den wirtschaftlichen Fortschritt, den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Modernisierung gleichermaßen. Wir werden die negative Bilanz der Regierung Kohl korrigieren.

Im Vordergrund der ersten 100 Tage unserer Regierungsarbeit stehen:

1. "Zukunftsbündnis für Deutschland"

Wir werden unmittelbar nach Übernahme der Amtsgeschäfte Gewerkschaften, Wirtschaft und Bundesbank zu einem Treffen ins Bundeskanzleramt einladen, um ein "Zukunftsbündnis für

Deutschland" zu vereinbaren. Ziel dieser Gemeinschaftsinitiative der großen gesellschaftlichen Kräfte ist die Modernisierung des Standorts Deutschland und die Sicherung des sozialen Friedens. Dazu müssen die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Einkommenspolitik und die Stabilitätspolitik besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. Durch gemeinsames Handeln von Wirtschaft, Gewerkschaften, Staat und Bundesbank werden wir in der nächsten Legislaturperiode rund zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

2. Steuererleichterungsprogramm für die große Mehrheit

Um das Wachstum binnenwirtschaftlich abzusichern und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen möglich zu machen, werden wir die Massenkaufkraft verbessern. Dazu werden wir sofort ein Steuererleichterungsprogramm für Normalverdiener und Familien beginnen. Das bringt einer Durchschnittsfamilie eine Steuererleichterung von über 2.000 DM im Jahr.

- Abschaffung des sogenannten "Solidaritätszuschlages" von 7,5 Prozent zum 1. Januar 1995. Durch die SPD-Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen werden 80 Prozent aller Steuerpflichtigen von dem Steuerzuschlag der Regierung Kohl befreit.
- Finanzierung: Aufkommen der Ergänzungsabgabe entspricht dem des "Solidaritätszuschlages" (rund 25 Milliarden DM). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Steuerbefreiung der großen Mehrheit sofort die Nachfrage belebt und damit die Einnahmen verbessert, während die Steuererhöhung der Regierung Kohl Konjunktur und Arbeitsmarkt gefährlich schwächen würde.
- Erhöhung des Kindergeldes auf monatlich 250 DM pro Kind, ab dem vierten Kind auf 350 DM. Damit sorgen wir dafür, daß die Familien mit Kindern endlich zu ihrem Recht kommen.

Finanzierung: Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden DM wird aufkommensneutral finanziert durch Ersetzung der ungerechten Kinderfreibeträge (17 Milliarden DM), Umschichtung des heutigen Kindergeldes (22 Milliarden DM), maßvolle Begrenzung hoher Spitzingvorteile (elf Milliarden DM); angesichts der finanziellen Not vieler Familien mit Kindern ist eine Begünstigung des Trauscheins bei Spitzenverdienern mit bis zu 22.842 DM im Jahr nicht länger zu rechtfertigen.

3. Arbeitsmarktoffensive "Arbeit statt Arbeitslosigkeit"

Durch eine Arbeitsmarktoffensive werden wir so schnell wie möglich etwa 700.000 Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausführen:

Dazu werden wir ein "Arbeits- und Strukturförderungsgesetz" vorlegen. Dabei wird die Zahl der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Jahren von 2,1 Millionen auf 1,3 Millionen gekürzt worden ist, schrittweise erhöht. Zu unserer Arbeitsmarktoffensive gehören Fortbildung und Umschulung, Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften sowie Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose.

Wir wollen eine Teilzeitalternative für Privatwirtschaft und Öffentlichen Dienst. Dabei gewährt die Bundesanstalt für Arbeit Sonderprämien an Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die durch Teilzeitarbeit Entlassungen vermeiden oder Neueinstellungen ermöglichen.

Finanzierung: Umschichtung der Mittel, die jetzt noch vor allem für die Bezahlung von Arbeitslosigkeit ausgegeben werden, hin zur Finanzierung von Arbeit (rund 20 Milliarden DM) sowie verbessertes Aufkommen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen durch mehr Beschäftigung. Zur Anschubfinanzierung erfolgt eine begrenzte Erhöhung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit.

4. "Aufbauprogramm Deutsche Einheit"

- Um in den neuen Ländern Arbeitsplätze zu retten, werden gemeinsam mit den Noch-Treuhandbetrieben Sanierungskonzepte erarbeitet. Die Modernisierung und Produkterneuerung dieser Betriebe wird in einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren mit Sanierungshilfen gefördert (insbesondere verbürgte und verbilligte Modernisierungskredite).
- Wir werden gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Ländern ein Lehrstellenprogramm "Jugend braucht Zukunft" auflegen, um den Ausbildungsplatzmangel in Ostdeutschland zu überwinden.
- Durch Anerkennung gleichwertiger Berufsausbildungen und -erfahrungen sollen Diskriminierungen beendet werden.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit privatisierter und neu gegründeter mittelständischer Betriebe zu verbessern, werden zum Ausgleich von Unterkapitalisierungen verbürgte und verbilligte Liquiditäts- und Modernisierungskredite zur Verfügung gestellt.
- Mit Präferenzregelungen bei öffentlichen Aufträgen wird der Marktzugang ostdeutscher Produkte gefördert.
- Ein "Aufbaustab neue Länder" im Bundeskanzleramt wird durch eine bessere Koordinierung der Maßnahmen den Aufbau Ost beschleunigen und für einen wirksameren Einsatz der Mittel sorgen.

Finanzierung: siehe Ziffer 16

5. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Mittelstand

Wir werden ein "Investitionsgesetz 95" vorlegen, das mit günstigen Abschreibungsbedingungen und Investitionszulagen die technologische und ökologische Modernisierung voranbringt. Gefördert werden mit Wirkung vom 1. Januar 1995 Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Energieeinsparung sowie alternative Energien (Investitionen, die über das entsprechende Investitionsvolumen der jeweils letzten drei Jahre hinausgehen). Diese Maßnahmen dienen zugleich der ökologischen Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

Wir werden die mittelständische Wirtschaft stärken. Dazu gehört: Besserer Zugang zu privatem Risikokapital für junge Unternehmen und Existenzgründer, wirksame Förderung für angehende Handwerksmeister, Stärkung der Gemeinschaftsforschung und Personalkostenzuschüsse für Forschungskapazitäten mittelständischer Betriebe.

Finanzierung: Aufkommensneutrale Finanzierung durch Abbau ungerechtfertigter Steuersubventionen im Unternehmensbereich.

6. Stärkung von Forschung und Technologie

Der Anteil des Forschungsetats am Gesamthaushalt wird schrittweise wieder erhöht. Die Mittel für den Bau von Hochschulen und Studentenwohnheimen werden aufgestockt.

Wir werden zusammen mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Verbänden die Initiative zum Ausbau von Zukunftsindustrien im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken, der Biotechnologien, der Luft- und Raumfahrttechnik und Umwelttechnik ergreifen.

Finanzierung: siehe Ziffer 16

7. BAföG-Verbesserung

Anhebung der Bedarfssätze um vier Prozent rückwirkend zum Herbst 1994 und der Freibeträge um zwei Prozent zum Herbst 1994 und 1995.

Finanzierung: siehe Ziffer 16

8. '100.000 Dächer-Programm' zur Nutzung der Sonnenenergie

Um einen Schritt für den Übergang ins Solarzeitalter zu machen, werden wir Anfang 1995 ein '100.000 Dächer-Programm' starten.

Finanzierung: siehe Ziffer 16

9. Abwrackprämie für Altfautos

Wir werden für zwölf Monate eine 'Abwrackprämie' in Höhe von 1.000 DM gewähren, wenn ein Altfahrzeug ohne Katalysator durch einen Neuwagen mit geregelter Katalysator ersetzt wird. Damit werden wir die Konjunktur stärken und den Kauf verbrauchsärmerer Fahrzeuge fördern.

Finanzierung: Der zusätzliche Absatz der Automobilindustrie vergrößert das Steueraufkommen automatisch.

10. Energiekonsens für zukunftsichere Energieversorgung

Wir werden Anfang 1995 alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch holen, um zu einem neuen nationalen Energiekonsens zu kommen. Dieser wird der heimischen Kohle dauerhaft einen sicheren Platz in der deutschen Energieversorgung gewährleisten und zugleich die Nutzung der erneuerbaren Energiequellen forcieren. Dadurch wird der Verzicht auf Atomenergie möglich. Durch den Ausstieg aus der Atomenergie wollen wir den Weg für eine zukunftsichere und kostengünstige Energieversorgung freimachen.

11. Sofortprogramm für den sozialen Wohnungsbau

Mit Beginn des Jahres 1995 werden wir den Bau von 200.000 zusätzlichen Sozialwohnungen fördern. Dazu werden in einem zweijährigen Sofortprogramm besondere Zinszuschüsse gewährt.

Finanzierung: Abbau ungerechtfertigter Abschreibungsvorteile, zum Beispiel für Luxusmodernisierung.

12. Schlechtwettergeld für Bauarbeiter

Um zu verhindern, daß im Winter Hunderttausende von Bauarbeitern arbeitslos werden, wird die bewährte Schlechtwettergeld-Regelung wieder eingeführt.

Finanzierung: Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe der Mittel, die sonst an arbeitslose Bauarbeiter gezahlt werden müßten.

13. Mehr Rechte für Frauen

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird der Frauenpolitik einen besonderen Stellenwert einräumen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern, vor allem im Erwerbsleben, voranzubringen. Wir werden ein neues Bundesgleichstellungsgesetz vorlegen, das die Einbeziehung der Privatwirtschaft und unter anderem eine qualifikationsbezogene Quote vorsieht. Der Frauenförderung werden wir bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik durch ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz hohe Priorität einräumen. Zur effizienten Verteilung der Arbeit werden wir ein neues Arbeitszeitgesetz vorlegen und dabei Arbeitszeitregelungen vorsehen, die die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und das Teilzeitarbeit verstärkt auch in mittleren und höheren Positionen anbietet. Wir werden unverzüglich für eine verfassungskonforme Neuregelung des Paragraph 218 sorgen und dabei die Möglichkeiten des Verfassungsgerichtsurteils so nutzen, daß der Schutz des werdenden Lebens und das Selbstbestimmungsrecht der Frau gewahrt wird.

14. Kassensturz für Haushaltswahrheit

Am ersten Tag nach der Amtsübernahme wird die neue Bundesregierung einen umfassenden Kassensturz einleiten. Damit soll endlich Klarheit über die wahre Lage der Staatsfinanzen geschaffen werden. Um sicherzustellen, daß alle bisher versteckten Haushaltsrisiken aufgedeckt und alle Einsparmöglichkeiten genutzt werden, wird für diesen Kassensturz sofort eine Sonder-Prüfgruppe des Bundesrechnungshofes eingesetzt. Ausgaben im Haushalt 1994, für die keine Verpflichtung besteht, werden auf ihre Notwendigkeit überprüft.

15. Abbau von Regierungsapparat und Staatsbürokratie

Der aufgeblähte Bonner Regierungsapparat wird verkleinert. Die Zahl der Bundesministerien wird um fünf auf nur noch 13 Ministerien verringert. Die Zahl der Staatssekretäre wird um ein Drittel reduziert. Bei den Personalkosten des Bundes werden spürbare Einsparungen vorgenommen.

16. Ehrliche und solide Haushaltspolitik

Die SPD-geführte Bundesregierung wird einen soliden Bundeshaushalt 1995 und eine ehrliche und vollständige Finanzplanung vorlegen. Durch Umschichtung vorhandener Mittel soll für mehr Beschäftigung und mehr soziale Gerechtigkeit gesorgt werden.

Dieses 100-Tage-Programm wird solide finanziert durch gezielte Umschichtungen im Haushalt und durch Abbau ungerechtfertigter Steuersubventionen. Die Durchsetzung geltenden Rechts gegenüber Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug erbringt zusätzliche Mittel.

Dieses 100-Tage-Programm führt gegenüber der Finanzplanung der jetzigen Bundesregierung weder zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote noch zu einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme. Wir verzichten auf die von der Regierung Kohl gemachten Wahlversprechungen von 87 Milliarden DM. Wir werden einen strikten Konsolidierungskurs verfolgen. Die Neuverschuldung muß schrittweise zurückgeführt werden. Unser Ziel ist es, die Steuer- und Abgabenbelastung und die Staatsquote so schnell wie möglich zu senken. Ein spürbarer Konsolidierungsbeitrag ergibt sich durch den von uns erreichten Abbau der Arbeitslosigkeit.

(-/30.9.1994/vo-he/hgs)
